

ZBB 2017, 52

Zweite RL 77/91/EWG Art. 8 Abs. 1, Art. 25, 29

Gerichtliche Anordnung der Kapitalerhöhung einer Bank ohne Beschluss der Hauptversammlung bei Bedrohung der finanziellen Stabilität der EU („Dowling u. a.“)

EuGH, Urt. v. 08.11.2016 – Rs C-41/15 (High Court (Hoher Gerichtshof, Irland)), ZIP 2016, 2215 = AG 2017, 24 = DB 2016, 2717 = NZG 2017, 22 = NZI 2016, 993 = WM 2017, 16

Urteilsausspruch (Verfahrenssprache: Englisch):

Art. 8 Abs. 1 sowie die Art. 25 und 29 der Zweiten RL 77/91/EWG sind dahin auszulegen, dass sie einer Maßnahme wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehenden Anordnung nicht entgegenstehen, die in einer Situation, in der durch eine gravierende Störung der Wirtschaft und des Finanzsystems eines Mitgliedstaats die finanzielle Stabilität der Union bedroht ist, getroffen wird und zur Folge hat, dass das Kapital einer Aktiengesellschaft ohne Zustimmung ihrer Hauptversammlung durch die Ausgabe neuer Aktien zu einem unter dem Nennbetrag liegenden Betrag und ohne ein vorzugsweises Bezugsrecht der bisherigen Aktionäre erhöht wird.